

PRESSESTIMMEN

UKRAINE-KRIEG

The Telegraph

„Verdacht“ Eine Verhandlungslösung, wie sie von der französischen und deutschen Führung angestrebt wird, setzt die Aufgabe von Territorium durch die Ukraine voraus, da Moskau niemals einem Abkommen zustimmen würde, das den vollständigen Rückzug beinhaltet. Zudem besteht die Gefahr, dass Macron und Scholz den Gedanken der westlichen Solidarität untergraben, indem sie eigene Initiativen ergreifen. Unweigerlich drängt sich der Verdacht auf, dass sie diesen Konflikt zu ihrem eigenen Vorteil und nicht zum Vorteil der Ukraine beenden wollen.

■ Telegraph, London

DZIENNIK
GAZETA PRAWNA

„Siege“ Die Feststellung, dass die Ukraine den Krieg verliert, macht genauso viel Sinn wie die Feststellung vor einem Monat, dass sie gewinnt. Ein Krieg bedeutet viele kleine Siege und Niederlagen.

■ Dziennik Gazeta Prawna, Warschau

KALENDERBLATT



Foto: epa

DAS GESCHAH AM ...

31. Mai

■ **1972:** Verteidigungsminister Karl Lütjendörfer erklärt wegen des Verdachts, in illegale Waffengeschäfte verwickelt zu sein, seinen Rücktritt und wird von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger seines Amtes enthoben. Innenminister Otto Rössch (SPÖ) übernimmt das Verteidigungsressort.

■ **1972:** SPÖ und FPÖ einigen sich auf die Einführung der Mehrwertsteuer.

■ **1997:** Die Präsidenten Russlands und der Ukraine, **Boris Jelzin** und **Leonid Kutschma**, unterzeichnen in Kiew einen Freundschaftspakt.

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf Seite 11 und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Mühsames Kaschieren

Karikatur: Pismestrovic

MENSCHEN

JAN BÖHMERMANN

Satiriker oder Krawallschachtel?

VON HERBERT SCHORN

Jan Böhmermann hat es wieder geschafft: Ein Experiment in seiner ZDF-Show „Magazin Royale“ löste weit über die Grenzen Deutschlands Wirbel aus – und hat dieses Mal Konsequenzen für deutsche Polizisten. Böhmermanns Redaktion hatte in allen 16 deutschen Bundesländern strafrechtlich relevante Hassbotschaften bei der Polizei angezeigt und gewartet, was passiert. In mehreren Fällen war das: nichts. So wurden die Anzeigen in einigen Bundesländern von den Beamten gar nicht angenommen, in Bremen wurden sie erst auf Nachfrage zwei Monate später erfasst. Nun ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft gegen mehrere Beamte wegen des Verdachts der Strafvereitelung.

Bereits mehrmals wirbelte der 41-Jährige mit seinen Aktionen viel Staub auf, 2016 löste er mit einem Gedicht über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan sogar einen diplomatischen Eklat zwischen Deutschland und der Türkei aus. Damals hatte Böhmermann in seiner Show „Neo Magazin Royale“ ein Gedicht vorgetragen, in dem er Erdogan u.a. mit Sex mit Tieren in Verbindung brachte. Erdogan strengte einen Prozess an, Teile des Gedichtes wurden verboten. Vielen gilt der gebürtige Bremer seither als Vorkämpfer für die Freiheit der Satire, andere sehen seine Lust an der Provokation dagegen kritischer. So sagte TV-Entertainer Harald Schmidt, der ihm in seiner Show ab 2009 zu erster großer TV-Präsenz verhalf: „Ich wusste schon früh, dass es Böhmermann als Moderator nie schaffen würde – aber dass er es als Krawallschachtel sehr weit bringen würde, wusste ich auch.“



Jan Böhmermann provozierte wieder mit seiner TV-Show „ZDF Magazin Royale“

Foto: ZDF/Jens Koch

Böhmermann wuchs als Sohn eines Polizeibeamten in Bremen auf. Sein Vater starb, als Jan 17 Jahre alt war. Sein Studium an der Universität Köln brach er ab, sammelte dafür früh Erfahrungen als Zeitungsjournalist und Radiomoderator. Bekannt wurde Böhmermann als Moderator seiner Satire-Show „Magazin Royale“, die ab 2013 auf ZDFneo lief und danach zum ZDF wechselte. Sein Privatleben hält der Satiriker dagegen streng geheim. Bekannt ist nur, dass Böhmermann verheiratet und Vater dreier Kinder sein soll.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON SIGRID BRANDSTÄTTER



Vom Applaus ist wenig übrig

Wenn auf einen freundlichen Willkommensgruß nicht geantwortet wird, hat eine Angestellte im Einzelhandel schon eine Vorahnung, wie sich das Verkaufsgespräch mit dem gerade ins Geschäft gekommenen Kunden entwickelt. Höfliche Ignoranz scheint noch das Harmloseste zu sein, mit dem die Verkäufer häufig konfrontiert sind. Vier von zehn Angestellten haben bei einer von der Gewerkschaft beauftragten Umfrage angegeben, in den vergangenen zwei Jahren beleidigt worden zu sein. Dass sich Menschen hinter Masken verstecken mussten, hat die Hemmschwellen offenbar gesenkt.

Die Beispiele, die den OÖN geschildert wurden, sind teils so untergriffig, dass man sie nicht wiedergeben mag.



Die anstrengende Pandemie darf keine Erklärung für Beleidigungen sein

Nicht nur im Handel, auch im Gesundheitswesen hat die Zahl der Übergriffe zugenommen. Krankenhaus-Bediens-tete wurden sogar bespuckt, wenn die Wartezeit zu lang war oder eine Behandlung verschoben werden musste.

Das erhöht den Frust und bringt zusätzlichen Stress in einer Phase, in der viele ohnehin am Anschlag arbeiten. Vom Applaus für die Krankenschwestern und Verkäuferinnen, als der Rest des Landes mehr oder weniger im behördlich verordneten Hausarrest festsass, ist wenig übrig geblieben. Die Flucht aus den Branchen habe auch mit dieser fehlenden Wertschätzung zu tun, wird berichtet.

Die undankbaren Aufgaben, 2G-Nachweise oder Maskentragpflicht zu kontrollieren, war überdies nicht dazu angetan, die Stimmung zwischen Verkäufern oder Dienstleistern und Kunden zu verbessern. Wer sich davon sekiert fühlte, traf allerdings nicht die richtigen Adressaten. Da hätte manchmal geholfen, sich in die Lage des anderen zu versetzen.

Die vergangenen zwei Jahre hätten die Menschen als soziale Wesen stark eingeschränkt und eine egoistische „Rette sich, wer kann“-Lebenskunst etabliert, wie der Philosoph Franz Schuh in der OÖN-Serie „Miteinander“ ausführt. Die OÖNachrichten zeigen daher in ihrer großen Frühlingsserie, was uns zusammenhält und wo das Miteinander funktioniert.

Selbst wenn die Pandemie die Menschen auf verschiedensten Ebenen fordert: Wenn sich Menschen nicht zu benehmen wissen und jeder wertschätzende und tolerante Umgang verloren geht, ist das keine Rechtfertigung.

✉ s.brandstaetter@nachrichten.at

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



Zukunftsabschöpfung beim Verbund

Bundeskanzler Karl Nehammer hat mit seinen Aussagen zu einer möglichen Gewinnabschöpfung bei teilstaatlichen Energiekonzernen wie dem Verbund eine sonderbare Diskussion ausgelöst. Sonderbar deshalb, weil die vermeintlichen Zusatzgewinne sowieso der öffentlichen Hand zugutekommen.

Schließlich hält die öffentliche Hand direkt und indirekt mehr als 80 Prozent am Verbund. Der höhere Gewinn führt zu einer höheren Dividendenauszahlung an die öffentliche Hand, der Finanzminister erhält höhere Erträge aus der Unternehmensgewinnbesteuerung

und profitiert zudem von der Besteuerung höherer ausgeschütteter Dividenden an Dritte.

Wird hingegen der Gewinn einbehalten, erhöht sich der Unternehmenswert des Verbundes um diesen Betrag. Der vermeintliche „Übergewinn“ kommt also schon heute zu einem sehr hohen Anteil so oder so der öffentlichen Hand zugute – dazu braucht es keine neue Supersteuer. Unklar wäre zudem auch, was genau ein „Übergewinn“ ist und ob dies dann auch für andere Fälle gelten würde. Wenn etwa Bauern aufgrund des kriegsbedingten höheren Weizenpreises Mehreinnahmen erzielen oder

Handwerker im Corona-Bauboom ihre Erträge steigern?

Schlussendlich geht es im Fall der teilstaatlichen Energiekonzerne aus Steuerzahlersicht ja nur um eine Frage: „Wo ist der zusätzliche Gewinn besser aufgehoben, beim Verbund oder beim Staat?“ Die politischen Ideen zur Verwendung des abgeschöpften Mehrgewinns zeigen, in welche Richtung gedacht wird. Der Staat soll die Mehreinnahmen an die Bevölkerung verteilen. Der Verbund hingegen würde den nicht ausgeteilten Mehrgewinn für Investitionen nutzen können.

Was bringt dem Steuerzahler nachhaltig mehr? Einem Unterneh-

men, dem man Gewinne negnimmt, wird Investitionspotenzial und damit „Zukunft“ weggenommen. Was brauchen wir dringender? Langfristige Investitionen, um die Energiewende zu realisieren, oder kurzfristige Umverteilung, um die gestiegenen Energiekosten zu kompensieren?

Die Börsenreaktion spricht Bände: Während die staatlichen Mehreinnahmen bei einer Sondersteuer im Extremfall einige 100 Millionen Euro ausmachen würden, ist der Unternehmenswert des Verbundes und damit das Volksvermögen der Steuerzahler um sieben Milliarden Euro innerhalb weniger Tage einge-

brochen. Die Börse denkt halt langfristig. Kurzfristige Umverteilungen sind vielleicht populär, schaden dem Steuerzahler aber gerade zu einem Zeitpunkt, an dem enorme Investitionen in die Energieinfrastruktur von morgen vor uns stehen.

Wenn schon, sollte der Eigentümer vom Verbund eine zusätzliche Investitionsoffensive fordern, aber bitte doch nicht dringend benötigte Investitionsmittel abschöpfen, um kurzfristig bei der Bevölkerung zu punkten.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der JKU